

Bezugspreis:

Wochenblatt 10,50 RM, monatlich 3,50 RM, halbjährlich 20,50 RM, vierteljährlich 10,50 RM, einjährlich 35,50 RM. ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Montag, den 17. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 1,50 RM, Zertifikatsaufschlag 60%. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 75 Pf. ...

Worauf es ankommt.

Mit keinem dialektisch überaus gewandten Drumrumreden und den Skandalisierungen, die er unausgesetzt provoziert, hat Selferich versucht, die Kernfragen zu verdunkeln, die bereits nach den ersten Sitzungen des Untersuchungsausschusses eigentlich reiflos geklärt worden sind.

Wir wollen hier deshalb kurz und zusammenfassend einige der hauptsächlichsten Momente feststellen, die im bisherigen Verlauf der Untersuchung einwandfrei klargestellt worden sind.

Es ist bewiesen, daß das deutsche Volk systematisch über wesentliche Faktoren im Dunkeln gelassen wurde, als es in den verhängnisvollen rücksichtslosen U-Boot-Krieg, das heißt in den Krieg mit den Vereinigten Staaten getrieben werden sollte:

1. Ueber den Ursprung der Wilsonschen Friedensaktion. Von der kaiserlich deutschen Regierung angeregt, sodann aber — nach dem eigenen Geständnis Zimmermanns vor den Pressevertretern — absichtlich durch ein eigenes Friedensangebot durchkreuzt.

2. Ueber die Tatsache, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg den Krieg mit Amerika zur unvermeidlichen Folge haben würde, wie es der Botschafter Bernstorff wiederholt geäußert hatte.

3. Ueber die Absicht Wilsons, im Anschluß an seine Kongreßbotschaft vom 22. Januar 1917 einen offiziellen Friedensschritt bei sämtlichen Kriegführenden zu unternehmen. Von Bernstorff telegraphisch mit der dringenden Bitte mitgeteilt, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu unterlassen.

Von alledem wußte das deutsche Volk nichts!

Auch der Reichstag erfuhr von diesen schwerwiegenden Tatsachen absolut nichts. Ja, sie wurden nicht einmal dem Hauptausschuß des Hauses vertraulich mitgeteilt!

Es ist ferner bewiesen, daß die Oberste Seeresleitung einen Verständigungsfrieden damals ebenso wenig wollte wie später, und sich stark machte, England innerhalb sechs Monate niederzuzwingen. Deshalb ließ sie durch den Mund Capelles erklären, der eventuelle Eintritt Amerikas in den Krieg bedeute militärisch 0,00!

Anßerdem ist festzustellen, daß es eine unerhörte Verleumdung der Tatsache bedeutet, wenn man Wilsons Friedensappell vom 19. Dezember 1916 und seine Kongreßbotschaft vom 22. Januar 1917 als gegen Deutschland gerichtet hinstellt, wie es zuerst Bethmann und jetzt Selferich versucht haben.

Demgegenüber ist anzumerken: Der Friedensappell Wilsons geschah auf Deutschlands Anregung!

Wilson hatte als Friedenspräsident kandidiert und war auch als solcher gegen Hughes gewählt worden;

Obwohl durch das unerwartete und ihm vorher nicht mitgeteilte Friedensangebot der Zentralmächte in eine peinliche, ja, beinahe demütigende Lage verlegt, weichte Wilson nicht davor zurück, Deutschland mit seiner eigenen Aktion nachzuweichen, wodurch er in den Entente-Ländern und in Amerika selbst sogar in den Verrufen der pro-deutschen Gesinnung geriet.

Bezüglich der Kongreßbotschaft, die namentlich Selferich sich bemüht hat, als eine im Interesse der Entente und gegen Deutschland unternommene Aktion hinzustellen, sind folgende Momente hervorzuheben:

Wenige Tage vorher hatte der frisch ans Ruder gelangte englische Premierminister Lloyd George seine bekannte „Knot-out“-Rede gehalten, in der er die restlose Niederwerfung Deutschlands als Kriegsziel bezeichnete. Demgegenüber lautete die Botschaft Wilsons in seiner Kongreßbotschaft ausdrücklich: „Friede ohne Sieg.“

Weiter erklärte Wilson in scharfem Gegensatz zu Lloyd George, beide Kriegführenden Parteien müßten am Friedenstisch als gleichberechtigt miteinander verhandeln.

Die Forderung eines freien geeinigten, unabhängigen Volens richtete sich zumindest ebenso sehr gegen Rußland, wie gegen die Zentralmächte.

Die Forderung eines offenen Zuganges zur See für alle Staaten war eine spezielle — und durchaus gerade — Forderung aller Neutralen, zu denen Amerika damals noch gehörte. Sie wurde nicht allein zugunsten Volens erhoben, sondern bildete einen ausgesprochenen Bestandteil der in der Botschaft ausführlich begründeten Forderung der „Freiheit der Meere“, die sich, wie mit

Gänden zu greifen, in erster Linie gegen das britische Imperium richtete.

Im Anschluß an die Forderung der „Freiheit der Meere“ verlangte Wilson mit starkem Nachdruck ferner die Abrüstung zur See. Auch dieses Verlangen war unzweifelhaft gegen England gerichtet, nicht gegen das auf maritimen Gebiet ungleich schwächere Deutschland.

Ist es noch alledem nicht eine unglaubliche Dreistigkeit von Seiten der Männer, die den Verständigungsfrieden nicht wollten — vergleiche Ludendorffs Neuherung an Bernstorff im Hauptquartier: „Sie wollten dort Frieden machen? Ja, aber wir wollten nicht!“ — zu behaupten, daß diese Botschaft Wilsons für die Entente und gegen die Zentralmächte unternommen worden sei.

Es handelte sich damals nicht allein darum, den Frieden herbeizuführen, sondern vor allem darum, Amerika vom Krieg fernzuhalten. Durch die Politik der kaiserlich deutschen Regierung ist das erstere Ziel, die Beendigung der Massenschlächtereien, gelinde gesagt, nicht gefördert worden, und das letztere Ziel, die Vereinigten Staaten neutral zu halten, geradezu sabotiert worden!

Die früheren Machthaber berufen sich jetzt, um ihre Politik Wilson gegenüber zu rechtfertigen, auf das Versagen des amerikanischen Präsidenten in Versailles. Wie wir über den Gewaltfrieden von Versailles und speziell über den Vortruch Wilsons denken, haben wir oft und deutlich genug erklärt. Aber die Schuld an diesem Vortruch lastet in erster Linie auf den Männern, die aus dem Wilson vom Januar 1917 den Wilson vom Mai 1919 gemacht haben. Der Friedensvertrag von Versailles ist das ursprüngliche Werk der Selferich, Ludendorff, Zimmermann u. Co. Daran wird durch Redensarten wie „Erdbebung der Front durch den Reichstrog“, „taktisches Manöver“, „Selbstflagellantisimus“ und sonstige Dreistigkeiten und Dummeitigkeiten nichts geändert.

Es sind hier nur die wenigen Hauptmomente hervorgehoben worden, die bisher vor aller Öffentlichkeit im Untersuchungsausschuß einwandfrei klargestellt wurden. Dazu kommen unzählige mehr oder minder wichtige Tatsachen, die für die Nachhabe vom Januar 1917 höchst belastend sind. Namentlich was den schwindelhaften U-Boot-Krieg anbelangt. Außerdem Faktoren von offenbar allergrößter Bedeutung, die aber bisher hinter verschlossenen Türen erörtert wurden. In erster Linie die neutrale Vermittlungsaktion zur Unterstützung Wilsons.

Das sind die ersten Ergebnisse des Untersuchungsausschusses.

Man begreift jetzt nur zu gut, warum Selferich und seine Mitschuldigen, ob Zivilisten oder Militärs, jetzt durch provozierte Skandalisierungen und mit Hilfe der Straße den Ausschuß in die Luft fliegen lassen wollen.

Es wird ihnen nicht gelingen! Wir erwarten, daß der Untersuchungsausschuß seine Aufgabe ohne Schwanken und ohne überflüssige Rücksicht auf irgend jemanden bis zu dem Ziele fortführen wird. Bis zur Feststellung der Wahrheit über die Schuld am Zusammenbruch Deutschlands. Und wir sind sicher, daß er in der Reichsregierung wie in der Nationalversammlung eine Stütze finden wird, die sich dessen bewußt ist, daß es sich hier um eine Kraftprobe handelt zwischen Republik und Monarchie!

Die Arbeiter gegen die Reaktion.

Die unzweifelhafte Stärkung der nationalistisch-monarchistischen Reaktion ist die logische Folge der Behandlung, die das besiegte Deutschland durch die Entente erfährt. Der Reulenschlag von Versailles, die Schritte und Faustschläge der immer wieder erneuten Drohungen und Strafmaßnahmen, die Radeltische ohne Zahl, die uns verlegt werden, müssen dieser Agitation Vorschub leisten. Andererseits ist es, die Frankreichs Furcht vor einem deutschen Nachkrieg steigert und dadurch zu immer neuen Maßnahmen führt. So arbeiten die Nationalisten zu beiden Seiten des Rheins einander in die Hände.

Die Berliner Arbeiterschaft hat am gestrigen Sonntag die Stimme gegen diese Sache erhoben. Die Versammlungen wurden in Uebereinstimmung mit den Ausführungen, die Scheidemann am Sonnabend an dieser Stelle getan hat, zu einem einzigen Ruf nach der Einigung der Arbeiterklasse.

Auf den Artikel Scheidemanns hat die „Freiheit“ am Sonntag Morgen geantwortet. Sie erklärt — was wir so oft getan haben — auf nachträgliche Vorwürfe verzichten zu wollen, tut es aber doch nicht. Wir begnügen uns, gegenüber ihrer Klage über das Gewaltregime die Tatsache festzustellen, daß die Gewalt von links her

in das öffentliche Leben der jungen Republik eingeführt worden ist. Darauf mußte Gewalt folgen, und jede Gewalt trägt in sich die Verlockung, wenn nicht sogar den inneren Zwang zum Mißbrauch. Wenn aber die „Freiheit“ als Vorbedingung der proletarischen Aktion gegen die Reaktion die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert, so erklären wir:

Es gibt nichts, was wir von jeher stärker gewünscht haben, als daß die bürgerlichen Freiheiten, die uns die innere Umwälzung gebracht hat, wiederum unbeschränkt jedermann zuteil werde. Wiederholt hat die berufene Vertretung unserer Partei in Groß-Berlin die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert, der uns neben Zeitungsverboten und anderen unerfreulichen Erscheinungen die außerordentlichen Kriegsgerichte gebracht hat, gegen deren Schnelljustiz es kein Rechtsmittel gibt, und deren Wesen und Wirken auch heute noch einer gründlichen Beleuchtung bedarf.

Wir sind daher mit der Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustandes durchaus einverstanden, haben das auch schon oft genug erklärt. Wir halten die Aufhebung für sofort durchführbar unter der einzigen Voraussetzung, daß von allen Seiten darauf verzichtet wird, in der vollen Demokratie Meinungen mit Gewalt durchzusetzen und anderen aufzuzwingen. Auch ohne den Belagerungszustand stehen heute der Regierung diejenigen Machtmittel zur Verfügung, ohne die nach ausdrücklicher Erklärung der „Freiheit“ keine Regierung bestehen kann und die auch ausreichen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Vorausgesetzt, daß von den großen Parteigruppen der Bevölkerung der Verzicht auf jede Gewaltanwendung erfolgt. Mit den Vorschritten von rechts wird die Regierung dann schon fertig.

Die Vorgänge der letzten Tage haben der Einigkeitbewegung einen starken Antrieb gegeben. Augenblicklich liegt der Brennpunkt im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung. Es ist selbstverständlich, daß wir gegenüber der Auflehnung eines Selferich und seiner Mitverschworbenen zum Untersuchungsausschuß als dem Organ der Demokratie stehen. Was auch kommen mag!

Die Versammlungen.

Trotz des ungünstigen Wetters und der bößigen Lahmung des Straßenbahnverkehrs in den Vormittagsstunden waren alle Versammlungen stark besucht. An die Ausführungen der Rednerinnen schloß sich überall eine recht rege Debatte. Alle Redner betonten die Notwendigkeit der Einigung des Proletariats angesichts der Gefahren, die der jungen Republik von der rechten Seite drohen. In den Zentralfesthallen sprach u. a. auch Dr. Kestrix, der wegen seiner Einigungsbestrebungen von seinen unabhängigen Parteifreunden beinahe harmlos angegriffen wird, in sehr verständlichem Geiste. Seine von sachlicher Objektivität getragenen Ausführungen fanden den Beifall der Versammelten. In zwei Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die den Parteivorstand beauftragten, mit allen sozialistischen Parteien Einigungsverhandlungen anzubahnen. In der Versammlung in den Zentralfesthallen wurde ein Antrag, der den Austritt verschiedener Parteiführer, insbesondere Kossles, forderte, gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Einmütig angenommen wurde in allen Versammlungen folgende

Resolution.

Inmer klarer und deutlicher enthüllt die deutsch-nationale und alldeutsch-militärische Reaktion ihr Ziel, die kaiserliche Monarchie und die alte völkfeindliche Herrschaft einer reaktionären Minderheit wieder aufzurichten. In khamoiser Demagogie werden die jetzigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, unter denen das deutsche Volk leidet, die nur eine Folge der verdrängten Politik jener reaktionären Parteien sind, ausgenutzt, um Stimmung zu machen gegen Republik und Demokratie. Man schämt sich auch nicht, die allgemeinen dem Feldmarschall Hindenburg entgegengebrachte Achtung als Vorspannung zu antiemittischen Radaudemokratien zu benutzen, zu denen man insbesondere auch Schüler mißbraucht. Die Versammelten sind sich bewußt, daß die breiten Volksmassen Rechte und Freiheit nur auf dem Boden der gegenwärtigen demokratischen und republikanischen Staatsordnung finden können. Sie sind gewillt, diese revolutionären Erzeugnisse mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Die Versammelten fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher größten Nachsicht gegenüber diesen deutsch-nationalen Treibern brechen und mit aller Schärfe dagegen einschreiten. Sie fordern insbesondere, daß erblich daran gegangen wird, die noch immer in den entscheidenden Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offiziere, die zum Teil absichtlich konfliktuell herausgeschoben, um die heutige Regierung in Mißkredit zu bringen, rücksichtslos entfernt werden. Ebenso sind sofort und ohne Pension alle Schulleiter zu entlassen, die die Teilnahme





